

An

die Mitglieder von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BUNDESVORSTAND

Claudia Roth

Bundvorsitzende

Cem Özdemir

Bundvorsitzender

Steffi Lemke

Politische Bundesgeschäftsführerin

Bundesgeschäftsstelle

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel: +49 (30) 2 84 42 - 159

Fax: +49 (30) 2 84 42 - 256

buero.lemke@gruene.de

1. Juni 2012

AKTUELLE EUROPA-DEBATTE UND SONDER-LÄNDERRAT

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel haben wir über Europa und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU diskutiert. Mit großer Mehrheit verabschiedeten wir einen Beschluss, der sinnbildhaft den Titel "Die Zukunft ist Europa" trug. Heute, gut ein halbes Jahr später, erscheint angesichts der dramatischen Verschärfung der Finanz- und Wirtschaftskrise in einigen EU-Mitgliedsstaaten diese Idee noch weiter entfernt. In Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal steigen die Verschuldungsraten trotz harter Sparprogramme und bedeuten für die Menschen immer mehr persönliche Einschränkungen und Entbehrungen. Und trotz ihrer Anstrengungen fehlt den Menschen das Gefühl, damit die Trendwende schaffen zu können. Viele der Maßnahmen sind sozial und ökologisch unausgewogen, leisten auch keinen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und verschonen Vermögende oder ausgerechnet jene, die durch ihre Zockermentalität an den Finanzmärkten erst die Krise ausgelöst haben.

Doch wie könnte der Weg aus der Krise aussehen? Trotz des berechtigten Festhaltens am Ziel der Konsolidierung der Haushalte wird immer deutlicher, dass das Prinzip „Sparen, Sparen, Sparen“ à la Merkel alleine nicht funktionieren wird. Im Gegenteil: die Austeritätspolitik, die in den Krisenstaaten zur Anwendung kommt, stürzt diese in die Rezession – am Ende stehen weniger Wachstum, mehr Arbeitslose und höhere, statt niedrigere Schulden. Diese Krisenpolitik verkürzt die Analyse der Krisenursachen zudem völlig einseitig auf die Staatsschulden – und ignoriert damit alle anderen Ursachen: die Unterschiede in den wirtschaftlichen Entwicklungen, die nach wie vor grassierende Instabilität des europäischen Bankensektors, die einseitige Vermögensverteilung, die Abhängigkeit gerade der südlichen Euro-Länder von Rohstoffexporten etc. .

Bankverbindung:

Bank: GLS Bank, Kontonummer: 8035815 900, Bankleitzahl: 430 609 67 – BIC: GENODEM1GLS (Bochum)

IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00 - Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

Fiskalpakt

In Deutschland dreht sich die Debatte derzeit vor allem um den Fiskalpakt. Die UnterzeichnerInnenstaaten verpflichten sich darin zur Einführung nationaler Schuldenbremsen, wie es sie in Deutschland beispielsweise schon gibt. Von den 27 EU-Mitgliedsstaaten haben mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens alle den Fiskalpakt unterzeichnet, der am 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. Griechenland, Portugal und Slowenien haben das Vertragswerk bereits in ihren nationalen Parlamenten ratifiziert. Und in Irland stimmte am gestrigen Donnerstag in einem Referendum eine deutliche Mehrheit ebenfalls für die Ratifizierung.

In Deutschland muss der Fiskalpakt mit einer 2/3 Mehrheit im Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden, weil er den verfassungsgebenden Gesetzgeber bindet. Die Bundesregierung ist also auf die Zustimmung der Opposition angewiesen.

Dazu hat es in der vergangenen Woche ein Treffen aller Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Bundeskanzleramt gegeben. Wir Grüne haben dort deutlich gemacht, dass wir europäische Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung für richtig halten – dass allein mit diesen aber die Krise des Euro nicht gelöst werden kann. Vielmehr brauchen wir nachhaltige Investitionen im Sinne eines Green New Deal mit dem Fokus auf eine sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Nur damit sind auch in den Krisenländern Zukunftsperspektiven gerade für die junge Generation zu erlangen. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von teilweise bis zu 50 Prozent wie in Spanien oder Griechenland sind reine Spardiktate keine ausreichende Antwort. Ein kluger Mix aus Haushaltskonsolidierung und zielgerichteten, zusätzlichen Wachstumsimpulsen ist stattdessen der richtige Weg, der aus der Krise führt.

Außerdem haben wir die intergouvernementale - also nicht europäische, sondern nationalstaatsbasierte - Ausgestaltung des Fiskalpaktes kritisiert. Wir erleben gerade in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise eine gefährliche Rückwendung auf nationalstaatliche Reflexe. Statt Mehr Europa definieren die europäischen Staaten oftmals Renationalisierung und die Verfolgung rein nationalstaatlicher Interessen als ein vermeintlich zukunftsfähiges Konzept. Dagegen wenden wir Grüne uns entschieden und fordern mehr Demokratie und mehr Kompetenzen auf europäischer Ebene. Demokratie in Krisenzeiten darf nicht zu einer Krise der Demokratie werden.

Die Kanzlerin muss sich bewegen

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung demokratische wie ökonomische Ergänzungen des Fiskalpaktes:

- Unser politisches Ziel bleiben Eurobonds, um den Krisenstaaten einen Weg aus der Spirale aus immer höheren Zinsen und einer explodierenden Staatsverschuldung zu ermöglichen. Da wir jedoch wissen, dass Eurobonds aus rechtlichen Gründen nicht unmittelbar umsetzbar sind, fordern wir zunächst einen europäischen Altschuldentilgungsfonds. Dieser kann aus einer Vermögensabgabe für Millionäre finanziert werden. Damit würde europaweit ein realistischer Einstieg in den gemeinsamen Abbau der Schulden gelingen und gleichzeitig der massive Zinsdruck von den Krisenstaaten genommen. Diesen Vorschlag haben die Wirtschaftsweisen der Bundesregierung gemacht. Dass sich die Bundesregierung dem verweigert zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht aus fachlichen, sondern aus rein ideologischen und parteitaktischen Gründen agiert.
- Wir haben beim Treffen im Kanzleramt noch einmal klar gemacht, dass der Fiskalpakt al-

leine die gegenwärtige Krise in der Eurozone nicht beenden wird. Es braucht einen europäischen Investitionspakt. Dieser muss sich auf die Zukunftsbranchen konzentrieren und den ökologischen Umbau vorantreiben, über den wir zusätzliche Mittel in Bildung und Ausbildung leiten können, anstatt durch blindes Gießkannenprinzip überkommene Strukturen künstlich am Leben zu erhalten oder Lobbyinteressen zu genügen. Mit dem Investitionspakt soll die ökologische und soziale Transformation der europäischen Wirtschaft im Sinne eines Green New Deal endlich Realität werden.

- Wir fordern weiterhin eine Finanztransaktionssteuer. Gemeinsam mit einer strengeren Bankenregulierung würde sie die Lasten und die Verantwortung fair auf diejenigen Schultern verteilen, die maßgeblichen Anteil an der Finanz- und Wirtschaftskrise haben. Außerdem ließe sich damit ein Teil der Krisenkosten decken.

- Schließlich haben wir uns als einzige Partei dafür ausgesprochen, dass das Europäische Parlament zumindest über seinen Präsidenten bei den Treffen der nationalen Regierungen auf den Euro-Gipfeln berücksichtigt werden muss. Beim Treffen im Kanzleramt vergangenen Donnerstag wurde allerdings klar, dass diese Art der parlamentarischen Legitimierung außer uns Grünen keiner der anderen Parteien wirklich wichtig erscheint.

Wie geht es weiter?

Verabredet wurde ein zweites Treffen der Partei- und Fraktionsvorsitzenden am 13. Juni im Kanzleramt.

Bis dahin sollen auch noch offene juristische Fragen, wie z.B. die nach den Auswirkungen des Fiskalpaktes auf die Landeshaushalte von der Bundesregierung beantwortet werden. Denn wir unterstützen die berechtigten Interessen der Länder, die darauf bestehen, dass sich für sie unter anderem durch den Fiskalpakt keine zusätzlichen Belastungen ergeben, die verfassungsrechtlich verankerte Haushaltsautonomie der Länder und der Kommunen nicht eingeschränkt wird sowie die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpaktes zwischen Bund und Ländern abschließend geklärt ist.

Auf diesem Treffen soll auch beraten werden, wann der Fiskalpakt in Deutschland ratifiziert werden soll und unter Berücksichtigung der Länderinteressen auch ratifiziert werden kann. Für uns hängt dies wesentlich davon ab, ob zu diesem Zeitpunkt bereits konkrete Verbesserungen und Ergänzungen des Fiskalpaktes vorliegen. Erste kleine Schritte ist die Regierung bereits gegangen – teils auf unseren Druck hin, teils weil sie merkt, wie isoliert sie in Europa mittlerweile ist. So ist nun auch die Regierung für zusätzliche Investitionen in den Krisenstaaten – und hat sich unsere Forderungen nach einer flexibleren Nutzung der europäischen Strukturfondsmittel und einer stärkeren Rolle der Europäischen Investitionsbank angeschlossen.

Befassung der Parteigremien

Die Zukunft Europas ist für uns Grüne eine zentrale politische Frage, weshalb wir auch in der aktuellen Situation angemessen handeln wollen. Wie Ihr vielleicht parteiinternen Mails oder den Medien entnommen habt, gab es in der letzten Woche Stimmen, die sich für einen Sonderparteitag oder einen Sonderländerrat zum Thema Europa und Fiskalpakt aussprachen. Welches Parteigremium zum Führen dieser Debatte am besten geeignet ist, hängt auch vom Zeitplan der Bundestags- und Bundesratsabstimmung zum Fiskalpakt ab. Sollte der parlamentarische Abstimmungsprozess erst im September stattfinden, wäre eine Befassung auf einer Sonder-BDK Anfang September möglich. Spätestens nach dem nächsten Treffen im Kanzleramt am 13. Juni werden wir den genauen Zeitplan kennen und wissen, was die konkrete Vorlage der schwarz-gelben Koalition zum Fiskalpakt ist.

Sollte die Debatte und Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat jedoch noch vor der Sommerpause stattfinden, möchten wir

am 24. Juni oder am 1. Juli – je nach konkretem parlamentarischen Zeitplan für die Beschlussfassung – zu einem Sonderländerrat nach Berlin einladen, um aufbauend auf unseren BDK-Beschlüssen die Grüne Position in der aktuellen Situation der Eurokrise zu diskutieren und abzustimmen. In guter Tradition wollen wir dazu auch grüne Parteifreundinnen und -freunde unserer europäischen Schwesterparteien einladen. Alle organisatorischen Informationen gehen euch nächste Woche in einer separaten Mail zu.

Grüne Europapolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben seit Beginn der Finanzkrise immer mit Blick auf die Vertiefung der Europäischen Union entschieden. Unser Einsatz für Europa speist sich aus der tiefen Überzeugung, dass ein Zusammenwachsen Europas im ureigensten deutschen Interesse ist. Wir wollen, und da geben wir ausnahmsweise Helmut Kohl Recht, nicht ein deutsches Europa, sondern vielmehr ein europäisches Deutschland.

Wir haben unsere klare Kritik an der Merkelschen Krisenpolitik deutlich gemacht, wir haben aber immer auch nur dann den vergangenen Rettungspaketen zugestimmt, wenn diese in der Gesamtabwägung für uns jeweils vertretbar waren. So wie wir uns in den vergangenen beiden Jahren klar zu Mehr Europa und zu einem Kurs der europäischen Integration und des Ausbaus der europäischen Institutionen bekannten, so werden wir dies auch weiterhin vertreten.

Für den Bundesvorstand war und ist die europäische Integration immer eine Frage von hoher Bedeutung. Nicht aus Zufall haben wir neben dem oben erwähnten Beschluss auf der BDK in Kiel noch zwei weitere zentrale Europa-Beschlüsse im vergangenen Jahr gefasst: "Europa gewinnt zusammen – oder verliert" auf der BDK am 25. November in Kiel sowie "Die Krise gemeinsam überwinden. Das Europäische Projekt nicht auf's Spiel setzen" auf der außerordentlichen BDK am 25. Juni in Berlin.

Beide haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt. Auf europäischer Ebene haben wir erst vor kurzem mit unseren Freundinnen und Freunden anderer grüner Parteien im Rahmen des EGP Councils diskutiert und waren uns einig, dass einseitiges Sparen die europäische Krise nicht lösen wird. Und im Juni steht ein schon lange geplantes Treffen mit den Grünen Parteien aus Österreich und der Schweiz in Konstanz an, wo wir u.a. über unseren Umgang mit der Krise weiter beraten werden.

Wir sind die Europapartei und deshalb werden wir auch weiterhin die Debatten um den besten Weg für Europa intensiv und leidenschaftlich führen. Wir hoffen dabei auf Eure Beteiligung und Unterstützung!

Herzliche Grüße



Eure Claudia & Cem
für den Bundesvorstand